Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 04.01.2018

Einladung

zur 12. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 15. Januar 2018, 15.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

3.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)

3.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)

4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose" (Drucks. Nr. 2847/2017)

4.1. Änderungsantrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu Drucks. Nr. 2847/2017: Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose" (Drucks. Nr. 3143/2017)

5. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Einrichtung eines Kältebusses nach Berliner Vorbild (Drucks. Nr. 2835/2017)

6. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Schaffung zusätzlicher Aufenthalts- und Schlafplätze für Obdachlose (Drucks. Nr. 3110/2017)

7. Bericht der Dezernentin

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 16.01.2018

PROTOKOLL

12. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 15. Januar 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	15.34 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Alter	(SPD)
Ratsherr Döring	(FDP)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
Ratsfrau Iri	(SPD)
Ratsherr Jacobs	(AfD)
Ratsfrau Jeschke	(CDU)
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Dr. Menge	(SPD)
(vertritt Ratsherrn Nicholls)	(SPD)
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)

Beratende Mitglieder:
Herr Fahlbusch
Frau Feldmann
Frau Lenssen
Frau Merkel
Herr Schultz
Frau Stadtmüller

Grundmandat:
Ratsherr Klippert (Die FRAKTION)

Verwaltung:
Stadträtin Beckedorf; Sozial- und Sportdezernentin
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren
Frau Feuerhahn, Fachbereich Soziales
Herr Laue, Sozial- und Sportdezernat
Herr Woike, Sozial- und Sportdezernat
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales
für das Protokoll

Presse:
Frau Rinas, HAZ

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

   Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

3. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

3.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)

3.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)

4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose" (Drucks. Nr. 2847/2017)

4.1. Änderungsantrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu Drucks. Nr. 2847/2017:Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose" (Drucks. Nr. 3143/2017)

5. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Einrichtung eines Kältebusses nach Berliner Vorbild (Drucks. Nr. 2835/2017)

6. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Schaffung zusätzlicher Aufenthalts- und Schlafplätze für Obdachlose (Drucks. Nr. 3110/2017)

7. Bericht der Dezernentin

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Klingenburg-Pülm eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Da es sich um die erste Sitzung im neuen Jahr handele, wünsche Sie Alle Gute, Gesundheit und Glück für die Zukunft.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm wies auf die als Tischvorlage vorgelegte Neufassung der Drucksache zu *Tagesordnungspunkt 3* hin.

Zur Tagesordnung beantragte **Ratsherr Alter**, den *Tagesordnungspunkt 5* noch einmal in die Fraktionen zu ziehen, sowie den *Tagesordnungspunkt 6* formal zu behandeln, da für diesen der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zuständig sei.

Ratsherr Klippert beantragte, den *Tagesordnungspunkt 4* noch einmal in die Fraktionen zu ziehen, damit das Thema Wohnungslose dann mit den Erkenntnissen des Fachtages und der Antwort auf die Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen im Rat gemeinsam beraten werden könne.

Den Änderungsantrag seiner Fraktion, *Tagesordnungspunkt 3.1* , ziehe er zurück, sagte **Ratsherr Klippert**, da die Änderungen in den gemeinsamen interfraktionellen Antrag (DS 2494/2017 N1) eingeflossen seien.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm weist darauf hin, dass über die gestellten Anträge zur Geschäftsordnung abgestimmt werden müsse:

Tagesordnungspunkt 4
Abstimmung über erneutes Ziehen in die Fraktionen: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 5
Abstimmung über erneutes Ziehen in die Fraktionen: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 6
Abstimmung über formale Behandlung: Einstimmig

Der Sozialausschuss stimmte der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

Ersetzt durch DS Nr. 2494/2017 N1.

TOP 3.
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

Ratsfrau Langensiepen erinnerte an den langen Vorlauf zu diesem Antrag. Umso mehr freue sie sich, dass nun ein auf breiter Basis abgestimmter Antrag vorliege.

Für die freien Träger sei es nicht immer einfach, Anträge zu stellen, die Finanzierung ihrer Arbeit sicher zu erreichen und Planungssicherheit zu haben.

Mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag sollen mehrere Ziele erreicht werden: Die auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung der den freien Trägern übertragenen Aufgaben, die Erweiterung der Möglichkeiten der Finanzierung für die Träger, eine Entbürokratisierung durch eine Online-Abgabe der Anträge, Planungssicherheit für die Träger über 1 oder 2 Jahre hinaus. Dies alles solle helfen, die wohlgeschätzte Trägervielfalt in Hannover zu erhalten.

Bisher sei das Zuwendungswesen weitestgehend sehr kompliziert und auf Papier schwer zu fassen. Mit den beantragten Neuerungen erhofften sich die Antragsteller eine deutliche Verbesserung und Erleichterung der Arbeit der freien Träger.

Ratsherr Klippert zeigte sich erfreut darüber, dass der Antrag interfraktionell angegangen worden sei; ein guter Anfang sei damit gemacht. Leider habe sich die CDU-Fraktion letztlich nicht anschließen können. DIE FRAKTION finde sich im überarbeiteten Antrag wieder, vor allem, was die Onlineabgabe betreffe. Eine Planungssicherheit für 3 Jahre wäre wünschenswert gewesen, kollidiere aber mit einem möglichen weiteren Doppelhaushalt.

Ratsherr Hellmann sagte, vom Grundansatz her halte er den interfraktionellen Antrag für unterstützenswert. Dass sich die CDU-Fraktion dennoch nicht beteiligt habe, habe 2 wesentliche Gründe: Zum einen halte seine Fraktion die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Trägern mit ähnlichem Profil für essentiell. Hierzu habe sie bereits mehrfach Anträge zu den Haushaltsplanberatungen gestellt. Synergien könnten bspw. auch durch ein Servicebüro für die Träger solcher Maßnahmen entstehen, damit nicht jeder Träger eine Buchhaltung und vieles Andere vorhalten müsse. Zum anderen sei die Planungssicherheit für 3 Jahre ein wichtiger Punkt. Die CDU-Fraktion glaube, dass neben der Planungssicherheit für die Träger auch die Verwaltung von der Vereinfachung profitieren werde. Die Bewilligung für 3 Jahre solle, wie in Punkt 6 und 7 des Änderungsantrages vorgesehen, von einem kontinuierlichen Reporting und Controlling der Zielerreichung begleitet werden. Ansatzweise, aber leider recht unkonkret, sei die Planungssicherheit im interfraktionellen Antrag aufgenommen worden.

Ratsherr Döring erinnerte daran, dass das Thema die Ratspolitik schon länger beschäftige. Das derzeitige Zuwendungscontrolling (Zuweco) hatte seine Anfänge im Zusammenhang mit dem Haushaltskonsolidierungsprogramm in 2003. Seitdem seien auch Nachweise sowie die Personal- und Sachkostenanteile der Zuwendungen sichtbar. Es sei deutlich, dass das System noch aus analoger Zeit stamme und insbesondere für die Träger sehr aufwendig sei.

Im vorliegenden gemeinsamen Antrag seien daher Überlegungen dazu angestellt worden, wie das Verfahren einerseits eine bedienerfreundliche, digitale und auch Verwaltungsressourcen schonende Antragstellung ermöglichen könne. Andererseits müsse auch die Möglichkeit bestehen, die der Antragstellung zugrundeliegenden Daten auszuwerten und zu bewerten, was, wo, wie und mit welchen Mitteln ein Träger sein Ziel erreichen wolle und ob dies schließlich erreicht werde. Dies müsse der nächste Schritt in einer Weiterentwicklung des Zuweco sein. Darüber hinaus seien noch weitere Entwicklungen denkbar, auch, um zusätzliche Synergien zu erreichen.

Den Druck, zu begründen, wie sich freiwillige Zuwendungen entwickeln werden, werde es auch künftig geben. Daher habe es letztlich bei der Frage, ob Zuwendungen für 3 Jahre bewilligt werden sollten, keine Einigung gegeben. **Ratsherr Döring** sagte, er glaube, es sei falsch, sich über die Zeit des Doppelhaushaltes hinaus zu binden. Das Haushaltsrecht sei eines der elementarsten Rechte des Rates und einen Verzicht auf diese Entscheidungen halte er für verfehlt. Auch der Doppelhaushalt treffe nicht bei allen Zuwendungsempfängern auf Begeisterung. Eine optimale Lösung werde es nicht geben, es gebe gute Argumenten für 1-jährige wie mehrjährige Zuwendungen. Trotzdem sei es umso entscheidender, dass gerade bei einem Doppelhaushalt die Möglichkeit bestehe, die Erfahrungsberichte und Verwendungsnachweise relativ schnell und einfach unterjährig auszuwerten um abschätzen zu können, ob ggf. Veränderungen notwendig werden.

Im gemeinsamen Antrag sei auch der Aspekt der Sozialräumlichkeit aufgenommen worden, da diese immer wichtiger werde. Die Bevölkerung habe die Erwartung, dass Mittel, die nicht unbegrenzt zur Verfügung stünden, auf die Stadtteile konzentriert würden, in denen der Bedarf besonders groß sei. Mit der Abfrage zum räumlichen Bezug der Arbeit der Träger könnten die Mittel noch zielgenauer eingesetzt werden.

Insgesamt sei der gemeinsame Antrag eine gute Grundlage; für die Beratung von Zuwendungen werde er aufgrund des entsprechenden notwendigen Vorlaufes aber wohl erst für den Haushalt 2021 ff. zum Tragen kommen. Die gewünschten Arbeitserleichterungen für die Träger über eine einfachere Antragstellung und Kommunikation auf digitalem Wege sollte allerdings schon eher zu erreichen sein.

Ratsherr Dr. Menge dankte allen Fraktionen für ihre intensive Beschäftigung mit dem Thema, auch wenn letztlich nicht alle den gemeinsamen Antrag unterschrieben hätten. Der Antrag biete Vorteile für alle Beteiligten. Die Zuwendungsempfänger sähen sich, auch durch das zeitsparendere Online-Verfahren, einer einfacheren Antragstellung gegenüber. Die Verwaltung könne, da die Anträge vergleichbar strukturiert seien, diese schneller abarbeiten und erfassen, was ebenfalls zu einer Arbeitserleichterung führe. Die Politik schließlich werde durch das Controlling in die Lage versetzt zu überprüfen, ob die Vergabe der Zuwendung vor allem in sozialräumlichem Bezug zu den gewünschten Effekten führe.

Der gemeinsame Antrag orientiere sich auch am Antrag der CDU-Fraktion. Zur Mehrjährigkeit der Zuwendungen hätten die Vorredner bereits die entsprechenden Hinweise gegeben. Von Seiten der Politik müsse jede Zuwendung für sich betrachtet werden, um abzuwägen, welche Zeiträume sinnvoll seien.

Herr Fahlbusch dankte für die Anträge zum Thema. Auch wenn es keine Einigung auf einen Antrag gebe, zeige sich doch, dass Alle an einem konstruktiven Herangehen interessiert seien. Die Vorschläge zielten nicht nur auf einen sparsamen Einsatz von Ressourcen, sondern auch auf eine Schonung der finanziellen Mittel ab. Eine inhaltliche Kontrolle könne auch bewirken, dass doppelte Arbeit vermieden und die dadurch freiwerdenden Mittel für dringlichere Dinge eingesetzt werden könnten.

Abschließend berichtete **Herr Fahlbusch** davon, dass er seit einiger Zeit gemeinsam mit einem großen, lokalen Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüro ein Konzept erstelle, um insbesondere kleinen Trägern ihre Arbeit zu erleichtern.

Ratsfrau Jeschke sagte, letztlich hätten 2 Dinge dazu geführt, dass ihre Fraktion den gemeinsamen Antrag nicht habe mittragen können, obwohl sie ansonsten die gleichen Ziele verfolge wie die anderen Fraktionen. Die Forderung nach einer Bewilligung für 3 Jahre gründe sich auf dem Wunsch vieler Zuwendungsträger, mit denen ein Austausch stattgefunden habe. Zwar gehe es bei den Zuwendungen um freiwillige Leistungen, aber dies sei das Gebiet, auf dem sich Politik positionieren könne. Da der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein kontinuierliches Reporting sowie aktives Controlling vorsehe, halte ihre Fraktion es für gerechtfertigt, den oft seit langem beteiligten Trägern entsprechend längere Fristen zuzugestehen.

Nicht unerwähnt lassen wolle sie, erklärte **Ratsfrau Jeschke**, dass beispielsweise für den „Gesellschaftsfonds Zusammenleben“ bereits vor der Wahl 2011 eine 5-Jahresfrist festgelegt und später erneut beschlossen wurde. Insofern greife eine Verknüpfung mit dem Doppelhaushalt und dem daraus abgeleiteten Versagen einer Zuwendung für 3 Jahre zu kurz. Es gebe noch weitere Beispiele, die sich ebenfalls nicht an einen bloß 2-jährigen Zuwendungszeitraum hielten.

Für die AfD-Fraktion erklärte **Ratsherr Jacobs**, dem interfraktionellen Antrag ebenfalls zustimmen zu wollen. Die darin vorgeschlagene Modernisierung der Zuwendungen sowie Modernisierung des Controllings decke sich mit den Vorstellungen seiner Fraktion. Zwar seien die von der CDU-Fraktion erwarteten Synergieeffekte wünschenswert, aber eine 2-Jahresfrist müsse, auch aufgrund der Unwägbarkeiten der Zukunft, ausreichen.

8 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 3.1.
Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)

Diskussionsbeiträge s. Tagesordnungspunkte 1 und 3.

Zurückgezogen

TOP 3.2.
Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)

Diskussionsbeiträge s. Tagesordnungspunkt 3.

2 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose"
(Drucks. Nr. 2847/2017)

Abstimmung über erneutes Ziehen in die Fraktionen:
Einstimmig
In die Fraktionen (DIE FRAKTION)

TOP 4.1.
Änderungsantrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu Drucks. Nr. 2847/2017:Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose"
(Drucks. Nr. 3143/2017)

Abstimmung über erneutes Ziehen in die Fraktionen:
Einstimmig
In die Fraktionen (DIE FRAKTION)

TOP 5.
Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Einrichtung eines Kältebusses nach Berliner Vorbild
(Drucks. Nr. 2835/2017)

Abstimmung über erneutes Ziehen in die Fraktionen:
Einstimmig
In die Fraktionen (SPD)

TOP 6.
Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Schaffung zusätzlicher Aufenthalts- und Schlafplätze für Obdachlose
(Drucks. Nr. 3110/2017)

Ohne Aussprache.

Formal behandelt

TOP 7.
Bericht der Dezernentin

7.1
Stadträtin Beckedorf wies auf das seit vielen Jahren vom Neuen Land als Drogenkontaktcafé betriebene Bauwagenprojekt unter der Raschplatzhochstraße hin. Über die Jahre seien zu dem Namen gebenden Bauwagen mehrere Container hinzugekommen. Am Raschplatz selbst gebe es unübersehbar größere Baumaßnahmen und durch die geplante Radwegverlegung werde auch das Bauwagenprojekt betroffen sein, denn die neue Streckenführung werde durch den bisherigen Standort hindurch erfolgen. Der Bauwagen und die Container müssen daher um ca. 6 m versetzt werden, nur lasse die inzwischen in die Jahre gekommene Substanz dies weder beim Bauwagen noch bei den Containern zu. Die Verwaltung habe ein großes Interesse daran, dass das Angebot am Standort weiter vorgehalten werde; etwas Neues müsse daher angeschafft werden. Dabei stelle sich auch die Frage nach der Finanzierung. Sowohl die Infra, die mit ihrer Baumaßnahme eine gewisse Verantwortung für die Umsetzung habe, als auch das Neuen Land als Träger werden sich an den Kosten beteiligen. Die Verwaltung habe die Hoffnung, falls sich noch eine Finanzierungslücke ergeben sollte, diese aus städtischen Mitteln auffüllen zu können. Der Sozialausschuss werde weiter über den Fortgang unterrichtet. Falls Beschlüssen der Gremien notwendig seien, werde die Verwaltung diese entsprechend vorbereiten.

7.2
Stadträtin Beckedorf berichtete, im Nachgang zur Sitzung des Sozialausschusses am 20.11.2017 habe sie zum Thema Jahresbericht Fachbereich Soziales 2016 ein umfangreicher Fragenkatalog der CDU-Fraktion erreicht. Darin war auch darum gebeten worden, die Fragen in der heutigen Sitzung zu beantworten. Der Fachbereich Soziales habe inzwischen umfangreiche Antworten erarbeitet, die inzwischen in abgestimmter Form vorlägen. Sollte sich kein Widerspruch erheben, beabsichtige sie, die Fragen schriftlich zu beantworten und allen Fraktionen zukommen zu lassen, führte **Stadträtin Beckedorf** weiter aus.

7.3
Stadträtin Beckedorf machte auf die neu erstellten Flyer „Leben im Stadtbezirk“ des Fachbereiches Senioren aufmerksam, die zur Mitnahme am Sitzungseingang bereitlägen.

Ratsherr Alter berichtete, ein Vertreter des Vereines Rote Reihe 96 sei an ihn herangetreten, da dieser gern ein Benefizspiel unter dem Motto „Politik trifft Straße“ veranstalten möchte, bei dem ein 7er Fußballteam aus Sport- und Sozialpolitikern des Rates gegen ein Team des Werkheims Büttnerstraße antreten solle. Terminvorschlag sei der 11. oder 12. August 2018.

Er habe zugesagt, den Wunsch hier vorzutragen, ein Vortrag im Sportausschuss stehe noch bevor, und bitte die Fraktionen darum, ihm die Spieler mit den entsprechenden Terminpräferenzen zu benennen, damit die Aktion angemessen unterstützt werden könne.

Abschließend wies **Ratsfrau Klingenburg-Pülm** darauf hin, dass bereits in 2 Wochen, am 29.01.2018, die nächste Sitzung des Sozialausschusses mit einer Anhörung stattfinde.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm schloss die Sitzung.

Beckedorf	Hanebeck
Stadträtin	für das Protokoll

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover



In den

- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- Sozialausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- Internationalen Ausschuss
- Kulturausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Schul- und Bildungsausschuss
- Sportausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- Organisations- und Personalausschuss
- Verwaltungsausschuss

In die Ratsversammlung

20.10.2017

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll **vereinfacht** werden, z.B. durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger.

2. Das Zuwendungswesen soll **transparenter** werden, z.B. durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung. Grundsätzlich darf dies aber nicht zulasten der Trägervielfalt gehen und soll kleinere Träger nicht benachteiligen.
   Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen, gegebenenfalls schrittweise, entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Dies bedeutet auch, dass einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge erarbeitet werden müssen. Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge,

Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.
Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und ggf. in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.
Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden.
Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

Begründung:

Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen Freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Norbert Gast
Stv. Fraktionsvorsitzender

Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,Gruppe LINKE &PIRATEN und der FDP und der FRAKTIOn

(Antrag Nr. 2494/2017 N1)

Eingereicht am 20.10.2017 um 12:20 Uhr.

Finanzausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Internationale Ausschuss, Kulturausschuss, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters, Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag
zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch die Möglichkeit einer Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der freien Träger vereinfacht werden.

2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung transparenter werden.
   Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.
   Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.
   Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

Dargestellt werden soll auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden.
Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch soll der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

6. Reporting
   Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reporting sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Zuwendungsempfänger haben der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise vorzulegen, bei institutioneller Förderung zusätzlich Jahresabschlüsse.

Begründung
Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende

Dirk Machentanz
Gruppenvorsitzender

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 23.10.2017

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
08. Nov. 2017
persönlich abgeben 13:02

ESTD 2016

Die FRAKTION
HANNOVER

An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung

Hannover, den 7. November 2017

Änderungsantrag § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 2494/2017:

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag zu beschließen:
Der Rat möge beschließen, den Antrag wie folgt zu ändern:

1. Das Zuwendungswesen soll vereinfacht werden, ~~z.B.~~ **insbesondere** durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger, **sowie durch eine größtmögliche Vereinheitlichung der Anträge auf Zuwendungen von Land, Region und LHH.**

4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen **den freien Trägern zudem** ~~mehr~~ **eine Planungssicherheit von mindestens 3 Jahren** bieten.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
21. Nov. 2017 1860
8.164

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- &
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Sportausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

21. November 2017

Änderungsantrag gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2494/2017(Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings)

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Antrag,
zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Dabei soll die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Trägern mit ähnlichem Profil angestrebt werden. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger vereinfacht werden.

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecke und deren Erfüllung transparenter werden. Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in Bezug auf die Beratung der Träger und die Bewilligung der Anträge zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.

   Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.

   Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung der Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

   Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden. Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.

4. Die Aufgaben, die Freien Trägern übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr Planungssicherheit bieten, indem die Zuwendungen grundsätzlich ab 2019 für 3 Jahre gewährt werden, sofern der Bedarf weiterhin besteht und laufend nachgewiesen wird.

5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

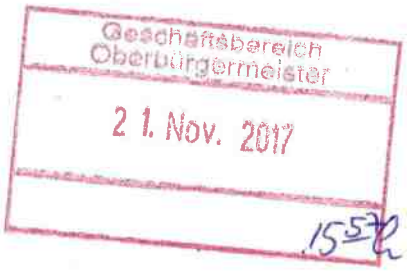
6. Reporting
   Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele der Trägertätigkeit enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Darüber hinaus muss erläutert werden, wieso die angegebenen Ziele und Zwecke im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reportings sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Der Zuwendungsempfänger hat der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise sowie einen Jahresabschluss vorzulegen.

7. Aktives Controlling
   Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover muss ein aktives Controlling durchführen und überprüfen, ob die Zuwendungszwecke weiterhin im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen und die Mittel in dem beantragten Umfang weiter erforderlich sind. Außerdem muss kontrolliert werden, ob Zuwendungsempfänger bislang ihren Verpflichtungen zum ordnungsgemäßen Nachweis der Zielerreichung und zweckentsprechenden Mittelverwendung nachgekommen sind.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Jens Seidel
Vorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover



In den

- Sozialausschuss
- Bauausschuss
- Verwaltungsausschuss

15.11.2017

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Pilotprojekt „Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose“

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Region Hannover ein Pilotprojekt „Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose“ zu planen. Ein entsprechendes Konzept mit Angaben zum Betrieb, zur Finanzierung, zu den Zielgruppen u.ä. ist den Gremien im Lauf des kommenden Jahres vorzulegen. Zu Grunde zu legen ist das Prinzip des „Housing First“, nach dem die Betroffenen zunächst Privatsphäre erhalten und ihnen nach einer gewissen Stabilisierung Hilfen angeboten werden.

Begründung:

Das niedrigschwellige Wohnangebot des „Housing First“ Konzepts zeigt in vielen Städten und Gemeinden bereits gute Ergebnisse, was die Wohnfähigkeit von obdachlosen Menschen betrifft. Ein entsprechendes Pilotprojekt mit geeigneten Trägern und unter Einbeziehung der Region als Trägerin der Sozialhilfe erscheint daher sinnvoll zu sein.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Norbert Gast
Stv. Fraktionsvorsitzender

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 0511 - 168 326 00
0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2017-12-14

In
- den Sozialausschuss
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Verwaltungsausschuss

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
18. Dez. 2017 18.60
14:00h

Änderungsantrag

gemäß §§ 12, 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

zu Drucksache 2847/2017

PILOTPROJEKT
„NIEDRIGSCHWELLIGES WOHNANGEBOT FÜR WOHNUNGSLOSE“

zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Region Hannover ein Pilotprojekt "Niedrigschwelliges Wohnangebot für Wohnungslose" zu planen. Ein entsprechendes Konzept mit Angaben zum Betrieb, zur Finanzierung, zu den Zielgruppen u. ä. ist den Gremien im Lauf des ~~kommenden Jahres~~ **zweiten Quartals 2018** vorzulegen. Zu Grunde zu legen ist das Prinzip des "Housing First", nach dem die Betroffenen zunächst Privatsphäre erhalten und ihnen nach einer gewissen Stabilisierung Hilfen angeboten werden. **Das Pilotprojekt soll spätestens zum Winterbeginn 2018 an den Start gehen.**

Begründung:

Hilfe für Wohnungslose ist besonders in der kalten Jahreszeit vonnöten. Um das Pilotprojekt im Jahr 2018 verbindlich starten zu können, bedarf es entsprechender Terminsetzungen durch die Politik. Da das "Housing First"-Konzept bereits in vielen Kommunen in Kooperation mit fachkundigen Trägern funktioniert, bedarf es in Hannover keiner Vorplanungsphase über ein ganzes Jahr. Vielmehr können die Verwaltungen von Landeshauptstadt und Region Hannover auf andernorts gemachte Erfahrungen zurückgreifen und die Pilotierung zusammen mit geeigneten Trägern zügig in Angriff nehmen.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00
0511 - 168 326 08
linke.piraten@hannover-rat.de

2017-11-20

In
die Ratsversammlung

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
20. Nov. 2017
1860
16:28h

Antrag

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

EINRICHTUNG EINES KÄLTEBUSSES NACH BERLINER VORBILD

zu beschließen:

1. Ein Kältebus nach Berliner Vorbild soll in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk des evangelisch-lutherischen Stadtkirchenverbandes Hannover eingerichtet und organisiert werden. Hierfür sollen die bereits bestehenden Strukturen in Absprache mit dem Diakonischen Werk genutzt werden.

2. Der Kältebus soll in der kalten Jahreszeit täglich von 19 Uhr abends bis 3 Uhr morgens alle Übernachtungsplätze von Obdachlosen anfahren und diesen, neben Heißgetränken und einer warmen Mahlzeit, Raum zum Aufwärmen anbieten.

Begründung:

Die Versorgung durch den bisher in Hannover fahrenden Kältebus der Johanniter unter organisatorischer Leitung des Diakonischen Werkes erscheint unzureichend: Dieser steuert derzeit lediglich zweimal wöchentlich abends Hauptübernachtungsplätze von Obdachlosen in der Innenstadt (wie Kröpcke-, Rasch- und Opernplatz) an. Auch reicht nicht aus, Obdachlosen lediglich Decken und heiße Suppen anzubieten. Für einen effektiven Kälte- und Erfrierungsschutz ist es in der kalten Jahreszeit notwendig, Obdachlosen einen beheizten Raum zum Aufwärmen anzubieten. Dies kann ein Kältebus nach Berliner Vorbild* auch in Hannover leisten.

In Berlin ist die dortige Stadtmission im Zeitraum zwischen dem 1. November bis zum 31. März mit zwei Bussen unterwegs. Der erste Bus fährt zwischen 21 und 3 Uhr, der zweite Bus zwischen 19 und 1 Uhr. Sie suchen Obdachlose auf, die aus eigener Kraft keine Notunterkunft mehr erreichen können. Als erste Hilfemaßnahmen werden in den Bussen warme Schlafsäcke und heißer Tee angeboten, zudem Gespräche und bei Bedarf auch eine Fahrt zu Notunterkünften.

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

* *https://www.berliner-stadtmission.de/kaeltehilfe/kaeltebus/kaeltebus/ueber-den-kaeltebus*

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

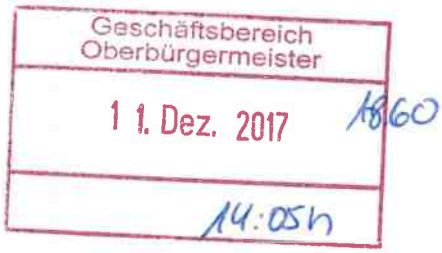
Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 0511 - 168 326 00
0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In
die Ratsversammlung



2017-12-11

Antrag

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

SCHAFFUNG ZUSÄTZLICHER AUFENTHALTS- UND SCHLAFPLÄTZE FÜR OBDACHLOSE

zu beschließen:

Die Verwaltung prüft unverzüglich eine Ergänzung ihres Angebotes für Obdachlose in der kalten Jahreszeit. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur Errichtung eines niedrigschwelligen Kälte- und Erfrierungsschutzes für Obdachlose bzw. die Schaffung zusätzlicher beheizter Aufenthalts- und Schlafplätze in Betracht gezogen werden.

Begründung:

In ihrer Antwort auf die Ratsanfrage der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zur Obdachlosigkeit und Notunterkünften für Familien vom 20. November 2917 (Drs. 2830/2017) führt die Verwaltung aus: „Mit den derzeit 1.171 Obdachlosen sind die vorhandenen Kapazitäten für die Unterbringung restlos ausgeschöpft."

Da Obdachlose in der kalten Jahreszeit verstärkt von Erkrankungen und Erfrierungen bis hin zum Kältetod bedroht sind, muss hier schnelle und unbürokratische Hilfe für die Ärmsten unserer Gesellschaft geleistet werden.

Da von Fachleuten bundesweit ein weiterer Anstieg der Obdachlosenzahlen erwartet wird, soll die Landeshauptstadt Hannover einen niedrigschwelligen Kälte- und Erfrierungsschutz schaffen, ggf. in Kooperation mit fachkundigen Einrichtungen aus dem sozialen und/oder kirchlichen Bereich.

Im Kontext ist darauf hinzuweisen, dass kommunale Ordnungsbehörden im Rahmen der Ordnungsgesetze des Landes Niedersachsen verpflichtet sind, menschenwürdige Aufenthalts- und Schlafmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um mögliche Gefahren abzuwehren und die Ausübung der Grundrechte zu sichern. Aus diesem Grund hat eine Unterbringung auch dann zu erfolgen, wenn Betroffene jede Hilfe ablehnen sollten.

Dirk Machentanz
Vorsitzender